

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

24. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. Februar 1971

Nummer 15

Inhalt

I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes	170
20310	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 zur Änderung des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe	171
20310	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten	171
20310	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967	172
20310	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967	172
20319	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über die Lehrlingsvergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes und der Länder vom 17. Dezember 1970	173
20330	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Vergütungstarifvertrag Nr. 9 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 17. Dezember 1970	173
203310	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Monatslohnstarifvertrag Nr. 2 zum MTL II vom 17. Dezember 1970	182
203310	21. 12. 1970	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Fünfter Änderungstarifvertrag vom 17. Dezember 1970 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965	190

20310

I.**Tarifvertrag**

vom 17. Dezember 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 3.16 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.20.07 — 2/70 —
v. 21. 12. 1970

Nachstehenden Tarifvertrag geben wir mit der Bitte um weitere Veranlassung bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Dezember 1970
über die Regelung der Arbeitsbedingungen
der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe
des Sozial- und des Erziehungsdienstes**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand —

andererseits

wird für die Praktikanten (Praktikantinnen)

- a) für den Beruf des Sozialarbeiters/des Sozialpädagogen während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung als Sozialarbeiter/als Sozialpädagoge vorauszugehen hat,
- b) für den Beruf des Erziehers/der Erzieherin/der Kindergärtnerin, der Hortnerin während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung als Erzieher/als Kindergärtnerin bzw. der staatlichen Prüfung als Kindergärtnerin/als Hortnerin vorauszugehen hat,
- c) für den Beruf der Kinderpflegerin während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung als Kinderpflegerin vorauszugehen hat,

folgendes vereinbart:

§ 1**Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag gilt für Praktikanten (Praktikantinnen), die in einem Ausbildungsverhältnis zum Bund, zu einem Land oder einem Mitglied eines Mitgliedsverbandes der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände stehen.

**§ 2
Entgelt**

Die Praktikanten (Praktikantinnen) erhalten folgendes monatliches Entgelt:

Für die Berufe

in den Ortsklassen

	S	A
	DM	DM

	ledig	verhei- ratet	ledig	verhei- ratet
des Sozialarbeiters	931	983	920	968
des Sozialpädagogen	931	983	920	968
des Erziehers	732	785	722	770
der Kindergärtnerin	732	785	722	770
der Hortnerin	732	785	722	770
der Kinderpflegerin	682	735	671	719

Kinderzuschlag wird nach den für die Angestellten des Arbeitgebers jeweils maßgebenden Bestimmungen gewährt. Das Entgelt ist am Fünfzehnten eines jeden Monats für den laufenden Monat zu zahlen.

**§ 3
Arbeitszeit**

Die Arbeitszeit richtet sich nach den bei dem Arbeitgeber für die entsprechenden Angestellten jeweils maßgebenden Bestimmungen.

§ 4**Fortzahlung des Entgelts bei Erkrankung**

Die Praktikanten (Praktikantinnen) erhalten das Entgelt

- a) bei einer durch Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit oder während einer von einem Sozialversicherungsträger oder einer Versorgungsbehörde verordneten Kur oder eines Heilverfahrens bis zur Dauer von sechs Wochen,
 - b) bei einer Arbeitsunfähigkeit infolge Arbeitsunfalles bis zu einer Dauer von zwölf Wochen,
- jedoch nicht über die Dauer des Ausbildungsverhältnisses hinaus, weiter.

**§ 5
Sonstige Arbeitsbedingungen**

Für Mehrarbeit, Arbeit an Sonn- und Feiertagen, Nachtarbeit, Gefahrenzulagen, Erholungsurlaub, Fortzahlung des Entgelts in anderen als in § 4 genannten Fällen und Gewährung von Unterkunft und Verpflegung sind die für die entsprechenden Angestellten bei dem Arbeitgeber jeweils maßgebenden Bestimmungen mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß für die Überstunde 1/183 des Entgelts ohne Kinderzuschlag gewährt wird.

**§ 6
Schweigepflicht**

Praktikanten (Praktikantinnen) unterliegen bezüglich der Schweigepflicht denselben Bestimmungen wie die entsprechenden Angestellten des Arbeitgebers.

**§ 7
Ausschlußfrist**

Ansprüche aus einem Ausbildungsverhältnis, das diesem Tarifvertrag unterliegt, sind innerhalb einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Entstehen des Anspruchs schriftlich geltend zu machen.

**§ 8
Ausnahme vom Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag gilt nicht für Praktikanten (Praktikantinnen), deren Praktikantenvertrag vor dem 1. Januar 1971 abgeschlossen worden ist, wenn sich aus diesem Vertrag vom 1. Januar 1971 an ein höheres Entgelt als nach § 2 ergibt.

**§ 9
Inkrafttreten, Laufzeit**

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende eines Kalendervierteljahres schriftlich gekündigt werden. § 2 Satz 1 tritt mit dem Außerkrafttreten des jeweils geltenden Vergütungstarifvertrages zum BAT außer Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 1970

20310

Tarifvertrag

vom 17. Dezember 1970 zur Änderung des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 3.1 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.20.07 — 2/70 —
v. 21. 12. 1970

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 3. 2. 1970 — SMBI. NW. 20310) vom 1. Januar 1971 an geändert wird, geben wir bekannt:

Tarifvertrag

**vom 17. Dezember 1970
zur Änderung des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970
über die Regelung der Arbeitsbedingungen
der Praktikantinnen (Praktikanten)
für medizinische Hilfsberufe**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der gekündigte Tarifvertrag vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe wird mit folgenden Maßgaben wieder in Kraft gesetzt:

1. § 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

Die Praktikantinnen (Praktikanten) erhalten folgendes monatliches Entgelt:

	in den Ortsklassen			
	S ledig	A verheiratet	S ledig	A verheiratet
	DM	DM		

Für die Berufe

der med.-techn.

Assistentin

732 785 722 770

der pharm.-techn.

Assistentin

732 785 722 770

des Krankengymnasten

der Beschäftigungs-

therapeutin

732 785 722 770

der Orthoptistin

der Diätassistentin

732 785 722 770

des Masseurs

682 735 671 719

des Masseurs und med.

Bademeisters

im ersten

Praktikantenjahr

682 735 671 719

in der weiteren

Praktikantenzeit

722 775 711 759

2. § 4 Buchst. a erhält folgende Fassung:

a) bei einer durch Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit oder während einer von einem Sozialversicherungsträger oder einer Versorgungsbehörde verordneten Kur oder eines Heilverfahrens bis zur Dauer von sechs Wochen,

3. In § 5 wird die Zahl „1/187“ durch die Zahl „1/183“ ersetzt.

4. Dem § 8 wird folgender Satz angefügt:

§ 2 Satz 1 tritt mit dem Außerkrafttreten des jeweils geltenden Vergütungstarifvertrages zum BAT außer Kraft.

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 1970

— SMBI. NW. 1971 S. 171.

20310

Tarifvertrag

vom 17. Dezember 1970 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 3.5 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.21.07 — 1/70 —
v. 21. 12. 1970

Nachstehenden Tarifvertrag, der vom 1. Januar 1971 an an die Stelle des Tarifvertrages vom 1. Juli 1969 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 6. 10. 1969 — SMBI. NW. 20310) tritt, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Dezember 1970
zur Regelung der Arbeitsbedingungen
der Medizinalassistenten**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird für die Medizinalassistenten für die Dauer ihrer Vorbereitungszeit als Medizinalassistenten gemäß §§ 63 ff. der Bestallungsordnung für Ärzte folgendes vereinbart:

**§ 1
Entgelt**

Die Medizinalassistenten erhalten ein monatliches Entgelt in Höhe des Unterhaltszuschusses für die Anwärter der Laufbahngruppen des höheren Dienstes nach der für den Träger der Anstalt jeweils maßgebenden Unterhaltszuschußverordnung.

Kinderzuschlag wird nach den für die Angestellten des Trägers der Anstalt jeweils maßgebenden Bestimmungen gewährt.

Das Entgelt ist am Fünfzehnten eines jeden Monats für den laufenden Monat zu zahlen.

**§ 2
Arbeitszeit**

Die Arbeitszeit richtet sich nach den bei der Anstalt für die Assistenzärzte maßgebenden Bestimmungen.

§ 3**Fortzahlung des Entgelts bei Erkrankung**

- Die Medizinalassistenten erhalten das Entgelt
- bei einer durch Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit oder während einer von einem Sozialversicherungssträger oder einer Versorgungsbehörde verordneten Kur oder eines Heilverfahrens bis zur Dauer von sechs Wochen,
 - bei einer Arbeitsunfähigkeit infolge eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit im Sinne der RVO bis zu einer Dauer von zwölf Wochen,
- jedoch nicht über die Dauer des Ausbildungsverhältnisses hinaus, weiter.

**§ 4
Erholungsurlaub**

Medizinalassistenten erhalten einen Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Entgelts in jedem Medizinalassistentenjahr in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) über die Gewährung von Erholungsurlaub. An die Stelle des Urlaubsjahres tritt das Medizinalassistentenjahr. Beginnt das Medizinalassistentenjahr frühestens am 1. Januar 1971, beträgt der Erholungsurlaub 17 Arbeitstage, beginnt das Medizinalassistentenjahr frühestens am 1. Januar 1972, beträgt der Erholungsurlaub 18 Arbeitstage.

**§ 5
Sonstige Arbeitsbedingungen**

Für die Gewährung von Gefahrenzulagen, Fortzahlung des Entgelts in anderen als in §§ 3 und 4 genannten Fällen und Gewährung von Unterkunft und Verpflegung sind die für die Angestellten bei der Anstalt jeweils maßgebenden Bestimmungen anzuwenden.

Wird der Medizinalassistent zum Bereitschaftsdienst herangezogen, gilt die Sonderregelung 2c Nr. 8 zum BAT mit der Maßgabe, daß dem Medizinalassistenten 50 v. H. der Sätze der Vergütungsgruppe II a BAT zu gewähren sind.

**§ 6
Ausschlußfrist**

Ansprüche aus einem Medizinalassistentenverhältnis, das diesem Tarifvertrag unterliegt, sind innerhalb einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Entstehen des Anspruchs schriftlich geltend zu machen.

**§ 7
Inkrafttreten, Laufzeit**

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft. Er ist mit einer Frist von einem Monat zum Vierteljahresabschluß, § 1 Satz 1 frühestens zum 31. Dezember 1971, kündbar.

Bonn, den 17. Dezember 1970

— MBl. NW. 1971 S. 171.

20310

Tarifvertrag**vom 17. Dezember 1970 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 2.9 — IV 1 — u. d. Innenministers — II A 2 — 7.21.04 — 2/70 — v. 21. 12. 1970

Nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 23. 1. 1967 — SMBI. NW. 20310 —) mit Wirkung vom 1. Januar 1971 geändert wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Dezember 1970
zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung
der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern
und Lernpfleger vom 1. Januar 1967**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

§ 5 Abs. 1 Satz 1 des gekündigten Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 28. Januar 1970, ist in folgender Fassung weiter anzuwenden:

„Die Schülerinnen und Schüler erhalten folgendes monatliches Ausbildungsgeld:

Im 1. Ausbildungsjahr	472 DM,
im 2. Ausbildungsjahr	525 DM,
im 3. Ausbildungsjahr	618 DM.“

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 1970

— MBl. NW. 1971 S. 172.

20310

**Tarifvertrag
vom 17. Dezember 1970 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 4.4 — IV 1 — u. d. Innenministers — II A 2 — 7.21.04 — 3/70 — v. 21. 12. 1970

Nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 24. 1. 1967 — SMBI. NW. 20310 —) mit Wirkung vom 1. Januar 1971 geändert wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Dezember 1970
zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung
der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler
in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —
wird folgendes vereinbart:

§ 1

§ 5 Abs. 1 des gekündigten Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 28. Januar 1970, ist in folgender Fassung weiter anzuwenden:

„(1) Die Schülerinnen und Schüler erhalten ein monatliches Ausbildungsgeld von 404 DM.“

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 1970

— MBl. NW. 1971 S. 172.

20319

**Tarifvertrag
über die Lehrlingsvergütungen für die Lehrlinge
und Anlernlinge des Bundes und der Länder vom
17. Dezember 1970**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 2.2 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.20.07 — 1/70 —
v. 21. 12. 1970

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Januar 1971 an die Stelle der Vorschriften des Tarifvertrages über die Lehrlingsvergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 30. 1. 1970 — SMBI. NW. 20319 —) treten, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
über die Lehrlingsvergütungen für die Lehrlinge
und Anlernlinge des Bundes und der Länder
vom 17. Dezember 1970**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird für die unter den Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961 fallenden Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes und der Länder — mit Ausnahme der Wasserbaulehrlinge und Schiffsjungen der Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung — folgendes vereinbart:

§ 1

(1) Die Lehrlingsvergütung gemäß § 6 Abs. 1 des Tarifvertrages vom 21. September 1961 beträgt monatlich

a) bei Beginn des Lehr-(Anlern)-verhältnisses vor Vollendung des 18. Lebensjahres

im 1. Lehr-(Anlern-)jahr	188,— DM,
im 2. Lehr-(Anlern-)jahr	235,— DM,
im 3. Lehr-(Anlern-)jahr	282,— DM,
im 4. Lehr-(Anlern-)jahr	329,— DM,

b) bei Beginn des Lehr-(Anlern)-verhältnisses nach Vollendung des 18. Lebensjahres

im 1. Lehr-(Anlern-)jahr	220,— DM,
im 2. Lehr-(Anlern-)jahr	275,— DM,
im 3. Lehr-(Anlern-)jahr	330,— DM,
im 4. Lehr-(Anlern-)jahr	385,— DM.

(2) Die Lehrlingsvergütung nach Absatz 1 Buchst. b erhält auch der Lehrling, dessen 19. Geburtstag in den Einstellungsmonat fällt.

§ 2

(1) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. a des Tarifvertrages vom 21. September 1961 genannten Angestelltenlehrlinge (-anlernlinge) können 50 v. H. der in dem Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962 vereinbarten Zulagen gezahlt werden, wenn die dort geforderten Voraussetzungen vorliegen.

(2) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. b des Tarifvertrages vom 21. September 1961 genannten Handwerker- und Facharbeiterlehrlinge (-anlernlinge), die im Rahmen ihrer Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 MTB II/MTL II beschäftigt werden, kann im 3. und 4. Lehrjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 15,— DM zur Lehrlingsvergütung gezahlt werden.

§ 3

(1) Gewährt der Lehrherr Kost und Wohnung, wird die Lehrlingsvergütung um monatlich 80,— DM gekürzt.

(2) Gewährt der Lehrherr nur Wohnung, wird die Lehrlingsvergütung um monatlich 20,— DM, gewährt er nur Kost, wird sie um monatlich 60,— DM gekürzt.

§ 4

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluss eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 31. Dezember 1971, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Dezember 1970

— MBl. NW. 1971 S. 173.

20330

**Vergütungstarifvertrag Nr. 9 zum BAT
für den Bereich des Bundes und für den Bereich der
Tarifgemeinschaft deutscher Länder
vom 17. Dezember 1970**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4100 — 1.3.11 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.20.06 — 3/70 —
v. 21. 12. 1970

A.

Nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften vom 1. Januar 1971 an an die Stelle der Vorschriften des Vergütungstarifvertrages Nr. 8 zum BAT vom 28. Januar 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 30. 1. 1970 — SMBI. NW. 20330) treten, geben wir bekannt:

**Vergütungstarifvertrag Nr. 9 zum BAT
für den Bereich des Bundes und für den Bereich
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
vom 17. Dezember 1970**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,

einerseits

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —
andererseits
wird folgendes vereinbart:

§ 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die
a) unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltenttarifvertrages (BAT),
b) unter die ADO für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst fallen.

§ 2

Angestellte, die unter den Geltungsbereich des BAT fallen

- A. Angestellte, die unter die Anlage 1a zum BAT fallen
 (1) Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 1 festgelegt.
 (2) Die Grundvergütungen der Angestellten, die das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 23. Lebensjahr vollendet haben (§ 28 Abs. 1 BAT), ergeben sich aus der Anlage 2.
 (3) Die Gesamtvergütungen der Angestellten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 3.

Anlage 1

Anlage 2

Anlage 3

Anlage 4

Anlage 5

- B. Angestellte, die unter die Anlage 1b zum BAT fallen
 Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 4 festgelegt.

§ 3

Angestellte, die unter die ADO für übertarifliche Angestellte fallen

- Die Grundvergütungen (Nr. 3 Abs. 1 der ADO) sind in der Anlage 5 festgelegt.

§ 4 Überstundenvergütungen

- (1) Die Überstundenvergütungen (§ 35 Abs. 2 BAT) betragen:

In Vergütungsgruppe	DM	In Vergütungsgruppe	DM
X	5,85	Kr. I	6,60
IXb	6,30	Kr. II	7,05
IXa	6,55	Kr. III	7,50
VIII	6,80	Kr. IV	8,00
VII	7,45	Kr. V	8,50
VIa und VIb	8,05	Kr. VI	9,05
Vc	8,85	Kr. VII	9,40
Va und Vb	9,35	Kr. VIII	9,60
IVb	9,80	Kr. IX	10,20
IVa	10,70	Kr. X	10,90
III	11,70	Kr. XI	11,65
IIb	12,30	Kr. XII	12,40
IIa	13,05		
Ib	14,30		

- (2) Die Sätze nach Absatz 1 werden für jede volle Überstunde gezahlt. Ergibt sich bei der wöchentlichen Überstundenberechnung ein Bruchteil einer Stunde, werden 30 Minuten und mehr auf eine volle Stunde aufgerundet, weniger als 30 Minuten bleiben unberücksichtigt.

§ 5

Bereitschaftsdienstvergütungen

- Die Vergütungssätze nach Nr. 6 Abschn. B Abs. 3 SR 2a, Nr. 5 Abs. 3 SR 2b, Nr. 8 Abschn. B Abs. 3 SR 2c, Nr. 8

Abschn. B I. Abs. 3 SR 2e III und Nr. 3 Abschn. A Abs. 3 SR 2n BAT betragen je Stunde:

In Vergütungsgruppe	DM	In Vergütungsgruppe	DM
IXb	5,80	Kr. I	6,10
IXa	6,05	Kr. II	6,45
VIII	6,25	Kr. III	6,90
VII	6,85	Kr. IV	7,35
VIb	7,40	Kr. V	7,80
Vc	8,10	Kr. VI	8,30
Vb	8,55	Kr. VII	8,60
IVb	8,95		
IVa	9,75		
III	10,65		
IIa	11,90		
Ib	13,05		

§ 6 Überleitung am 1. Januar 1971

Für die Angestellten, die am 31. Dezember 1970 in einem Arbeitsverhältnis stehen, das zu demselben Arbeitgeber am 1. Januar 1971 fortbesteht, gilt folgendes:

A. Angestellte, die unter die Anlage 1a zum BAT fallen

Bei den Angestellten, deren Grundvergütungen die jeweiligen Endgrundvergütungen

- a) in den Vergütungsgruppen X, IXb und VII BAT aufgrund des § 4 Abs. 1 Unterabs. 2 des Vergütungs tarifvertrages vom 16. März 1960 (TdL) bzw. vom 26. April 1960 (Bund) um 2 DM,
 b) in den Vergütungsgruppen VIb und VIa BAT um bis zu 30 DM sowie in der Vergütungsgruppe Vc BAT um bis zu 38 DM aufgrund des § 4 Abs. 1 Unterabs. 2 des Vergütungstarifvertrages vom 23. Juli 1958 überschreiten durften, werden die Endgrundvergütungen um die bisherigen Überschreitungsbeträge erhöht.

B. Angestellte, die unter die ADO für übertarifliche Angestellte fallen

(1) Die Angestellten, die am 1. Januar 1971 das 29. Lebensjahr vollendet haben, erhalten vom 1. Januar 1971 an die Grundvergütung nach der Lebensaltersstufe, die ihnen zustehen würde, wenn die Vorschriften der Nr. 3 der ADO in der Fassung dieses Tarifvertrages bereits vor dem 1. Januar 1971 auf ihr Arbeitsverhältnis angewandt worden wären.

(2) Die Angestellten, deren nach Absatz 1 ermittelte Grundvergütung nicht um mindestens 7 v. H. höher ist als die am 31. Dezember 1970 nach bisherigem Recht zustehende Grundvergütung, erhalten abweichend von Nr. 3 Abs. 2 der ADO in der Fassung dieses Tarifvertrages die Grundvergütung der Lebensaltersstufe, die dem Betrag der bisherigen um 7 v. H. erhöhten Grundvergütung am nächsten kommt, ihn jedoch nicht unterschreitet.

(3) Für die Angestellten, die nach Absatz 2 übergeleitet werden, tritt die Lebensaltersstufe nach Absatz 2 an die Stelle der Lebensaltersstufe nach Nr. 3 Abs. 2 der ADO in der Fassung dieses Tarifvertrages.

§ 7 Ausgleichszulagen für die Angestellten im Saarland

Durch die Ausgleichszulage nach § 3 Abs. 2 des Überleitungstarifvertrages für die Angestellten im Saarland darf die Endgrundvergütung

in der Vergütungsgruppe	um bis zu
X	9,00 DM
IXb	6,00 DM
VIII	1,00 DM
VII	8,00 DM
VIb	25,00 DM
VIa	26,00 DM
Vc	27,00 DM
IVb	6,00 DM
IVa	18,00 DM
ADO	49,00 DM

überschritten werden.

§ 8
Ortszuschlag

Abweichend von den nach der Kündigung des BAT weiter anzuwendenden §§ 29 und 73 Abs. 4 Nr. 2 Satz 2 BAT gilt für die unter den Geltungsbereich des BAT sowie für die unter die ADO für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst fallenden Angestellten die diesem Tarifvertrag als Anlage 6 beigelegte Ortszuschlagstabelle. Sie tritt außer Kraft, wenn für die Beamten des Arbeitgebers eine entsprechende oder eine günstigere Ortszuschlagstabelle in Kraft tritt. Von diesem Zeitpunkt an sind die §§ 29 und 73 Abs. 4 Nr. 2 Satz 2 BAT uneingeschränkt weiter anzuwenden.

Anlage 6

§ 9
Anwendung der ADO für übertarifliche Angestellte

Nr. 3 der Allgemeinen Dienstordnung (ADO) für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst vom 10. Mai 1938 ist in der folgenden Fassung anzuwenden:

„Nr. 3

- (1) Die Höhe der Grundvergütungen der Angestellten, die das 29. Lebensjahr vollendet haben, wird in einem besonderen Tarifvertrag (Vergütungstarifvertrag) festgelegt.
- (2) Für die Festsetzung der Grundvergütung der in Nr. 1 erwähnten Angestellten werden die für die Angestellten der Vergütungsgruppen II a bis Ia geltenden Vorschriften des § 27 Abschn. A BAT in der für die Bereiche des Bundes und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder geltenden Fassung entsprechend angewendet.
- (3) Die Grundvergütung der noch nicht 29 Jahre alten Angestellten wird mit Zustimmung des für Tariffragen zuständigen Ministers besonders festgesetzt.“

§ 10
Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 31. Dezember 1971, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Dezember 1970

Anlage 1
 (§ 2 Abschn. A Abs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 9)

Tabelle der Grundvergütungen
für die unter die Anlage 1a zum BAT fallenden Angestellten nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres
 (§ 27 Abschn. A BAT)

Verg.- Gr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem Lebensjahr (monatlich in DM)														
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.
Ia	1 802	1 884	1 967	2 049	2 131	2 214	2 296	2 379	2 461	2 543	2 626	2 708	2 787		
Ib	1 602	1 681	1 760	1 839	1 919	1 998	2 077	2 156	2 235	2 314	2 394	2 473	2 552		
IIa	1 420	1 493	1 565	1 638	1 711	1 784	1 856	1 929	2 002	2 075	2 147	2 220			
IIb	1 324	1 390	1 456	1 523	1 589	1 655	1 722	1 788	1 854	1 921	1 987	2 016			
III	1 262	1 324	1 386	1 448	1 510	1 572	1 634	1 696	1 758	1 820	1 882	1 944	2 003		
IVa	1 144	1 201	1 257	1 314	1 371	1 427	1 484	1 541	1 598	1 654	1 711	1 768	1 824		
IVb	1 046	1 091	1 136	1 181	1 226	1 271	1 316	1 361	1 406	1 451	1 496	1 541	1 547		
Va	916	956	995	1 035	1 074	1 114	1 153	1 193	1 233	1 272	1 312	1 351	1 388		
Vb	916	956	995	1 035	1 074	1 114	1 153	1 193	1 233	1 272	1 312	1 351	1 354		
Vc	854	891	929	966	1 004	1 041	1 079	1 116	1 153	1 191	1 228				
VIa	800	829	858	887	916	945	974	1 003	1 031	1 060	1 089	1 118	1 147	1 176	1 201
VIb	800	829	858	887	916	945	974	1 003	1 031	1 060	1 089	1 112			
VII	729	752	776	799	823	846	870	893	917	941	964	981			
VIII	662	684	705	727	748	769	791	812	834	850					
IXa	635	655	675	696	716	736	756	777	795						
IXb	603	623	642	661	681	700	719	738	752						
X	548	567	586	606	625	644	663	683	696						

Anlage 2
 (§ 2 Abschn. A Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 9)

Tabelle
der Grundvergütungen für die unter die Anlage 1a zum BAT
fallenden Angestellten unter 21 bzw. 23 Jahren
 (zu § 28 BAT)

Verg.Gr.	Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres (monatlich in DM)
----------	--

I b	1 522,—
II a	1 349,—
II b	1 258,—

Verg.Gr.	Grundvergütungen nach Vollendung des 18. 19. 20. Lebensjahres (monatlich in DM)
----------	--

IV b	—	—	1046,—
V a/V b	—	—	916,—
V c	—	—	854,—
VI a/VII b	736,—	768,—	800,—
VII	670,50	700,—	729,—
VIII	609,—	635,50	662,—
IX a	584,—	609,50	635,—
IX b	555,—	579,—	603,—
X	504,—	526,—	548,—

Anlage 3

(§ 2 Abschn. A Abs. 3 des Vergütungstarifvertrages Nr. 9)

**Tabelle der Gesamtvergütungen
für die unter die Anlage 1a zum BAT fallenden Angestellten unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)**

Alter	Ortsklasse	VIa/b	Gesamtvergütung in den Vergütungsgruppen				
			VII	VIII	IXa	IXb	X
monatlich in DM							
Vor Vollendung des 15. Lebensjahres	S	521,50 (12,—)	486,— (10,94)	452,50 (9,93)	—	423,— (9,05)	395,50 (8,22)
	A	514,50	479,—	445,50	—	416,—	388,50
Nach Vollendung des 15. Lebensjahres	S	573,50 (13,20)	534,50 (12,03)	498,— (10,92)	—	465,50 (9,95)	435,— (9,04)
	A	566,—	527,—	490,—	—	457,50	427,50
Nach Vollendung des 16. Lebensjahres	S	678,— (15,60)	632,— (14,22)	588,50 (12,91)	570,50 (12,38)	550,— (11,76)	514,— (10,69)
	A	669,—	622,50	579,—	561,50	541,—	505,—
Nach Vollendung des 17. Lebensjahres	S	782,50 (18,—)	729,— (16,40)	679,— (14,90)	658,50 (14,29)	634,50 (13,57)	593,50 (12,33)
	A	772,—	718,50	668,50	648,—	624,—	583,—

Anmerkung: Bei der in der Ortsklasse S zuständigen Gesamtvergütung ist in Klammern jeweils der in den Dienstorten Berlin und Hamburg zu gewährende Sonderzuschlag angegeben.

Anlage 4

(§ 2 Abschn. B des Vergütungstarifvertrages Nr. 9)

**Tabelle der Grundvergütungen
für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten
(monatlich in DM)**

Verg.Gr.	Grundvergütungssätze in Stufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Kr. XII	1 496	1 575	1 654	1 707	1 760	1 813	1 866	1 919	1 972	2 022
Kr. XI	1 385	1 461	1 537	1 588	1 639	1 690	1 741	1 792	1 843	1 890
Kr. X	1 282	1 352	1 422	1 469	1 516	1 563	1 610	1 657	1 704	1 750
Kr. IX	1 187	1 252	1 317	1 361	1 405	1 449	1 493	1 537	1 581	1 620
Kr. VIII	1 099	1 159	1 219	1 260	1 301	1 342	1 383	1 424	1 465	1 500
Kr. VII	1 018	1 074	1 130	1 167	1 204	1 241	1 278	1 315	1 352	1 389
Kr. VI	943	994	1 045	1 080	1 115	1 150	1 185	1 220	1 255	1 286
Kr. V	873	921	969	1 001	1 033	1 065	1 097	1 129	1 161	1 191
Kr. IV	808	852	896	926	956	986	1 016	1 046	1 076	1 103
Kr. III	748	788	828	855	882	909	936	963	990	1 012
Kr. II	693	728	763	787	811	835	859	883	907	928
Kr. I	642	673	704	725	746	767	788	809	830	851

Anlage 5
(§ 3 des Vergütungstarifvertrages Nr. 9)

**Tabelle der Grundvergütungen
für die unter die ADO für übertarifliche Angestellte fallenden Angestellten über 29 Jahre
(Nr. 3 der ADO)**

Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem									
29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.
Lebensjahr (monatlich in DM)									
2 273	2 379	2 485	2 591	2 697	2 803	2 909	3 015	3 121	3 227

Anlage 6
 (§ 8 des Vergütungstarifvertrages Nr. 9)

Ortszuschlag

für die unter die Anlagen 1a und 1b zum BAT sowie für die unter die ADO für
 übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst fallenden Angestellten

Vergütungsgruppen	Ortsklasse	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 (bei einem kinderzuschlagsberechtigten Kind)
Monatsbeträge in DM				
ADO, Ia bis II b	S A	306 271	387 342	430 385
III bis V a/b, Kr. VII bis Kr. XII	S A	265 251	335 315	378 358
Vc bis X, Kr. I bis Kr. VI	S A	243 229	314 293	357 336

Bei mehr als einem kinderzuschlagsberechtigten Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind, und zwar

für das zweite bis zum fünften Kind um je 50 DM,
 für das sechste und die weiteren Kinder um je 62 DM.

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages wird auf folgendes hingewiesen:

Für die im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, die unter den Runderlaß des Kultusministers vom 18. 9. 1970 (GABI. NW. 1970 S. 408) fallen, ist die Neuberechnung der Vergütung erst vorzunehmen, wenn die wiederruflichen Zulagen nach dem genannten Erlass durch den Kultusminister neu festgesetzt worden sind.

— MBl. NW. 1971 S. 173.

203310

**Monatslohntarifvertrag Nr. 2 zum MTL II
vom 17. Dezember 1970**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 3 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.30.04 — 1/70 —
v. 21. 12. 1970

A.

Nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften vom 1. Januar 1971 an an die Stelle der Vorschriften des Monatslohntarifvertrages Nr. 1 zum MTL II vom 5. August 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 7. 9. 1970 — SMBI. NW. 203310) treten, geben wir bekannt:

**Monatslohntarifvertrag Nr. 2 zum MTL II
vom 17. Dezember 1970**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,
einerseits
und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —
andererseits
wird folgendes vereinbart:

**§ 1
Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag gilt für die Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder, deren Arbeitsverhältnisse durch den Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 geregelt sind. Er gilt nicht für die Arbeiter des Landes Berlin und der Freien und Hansestadt Hamburg.

**§ 2
Ortslohnklasse**

Es werden zwei Ortslohnklassen gebildet. Gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 MTL II entspricht

die Ortslohnklasse 1	der Ortsklasse S,
die Ortslohnklasse 2	der Ortsklasse A.

**§ 3
Lohntabellen**

Die Monatstabellenlöhne (§ 21 Abs. 3 MTL II) sind für die Ortslohnklassen 1 und 2

für die Zeit vom 1. Januar 1971 bis
30. September 1971
in den Anlagen 1 und 2,

**Anlage 1
und 2**

für die Zeit vom 1. Oktober 1971 an
in den Anlagen 3 und 4

**Anlage 3
und 4**

festgelegt.

Protokollnotiz:

Bei der Berechnung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind jeweils abzurunden. Bruchteile von 0,5 und mehr sind jeweils aufzurunden.

**§ 4
Sozialzuschlag**

(1) Neben dem Lohn und dem Urlaubslohn erhält der Arbeiter einen Sozialzuschlag

für das erste kinderzuschlagsberechtigende Kind
in Höhe von 86 v. H.,

für das zweite bis fünfte kinderzuschlagsberechtigende Kind
in Höhe von 100 v. H.,

für das sechste und jedes weitere kinderzuschlagsberechtigende Kind
in Höhe von 124 v. H.

des Kinderzuschlags, der ihm nach Maßgabe des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 für den jeweiligen Kalendermonat gezahlt wird oder zu zahlen wäre, wenn dem anderen Elternteil Kinderzuschlag für dasselbe Kind nicht zustehen würde. Bei der Gewährung des Sozialzuschlags wird auch der Kinderzuschlag berücksichtigt, auf den der Arbeiter Anspruch hätte, wenn sein sonst kinderzuschlagsberechtigendes Kind nicht zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen wäre.

(2) Bei der Berechnung nach Absatz 1 sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs sind abzurunden.

Protokollnotiz zu Absatz 1:

Die Vormhundertsätze gelten nur, solange der Kinderzuschlag monatlich 50,— DM beträgt.

**§ 5
Inkrafttreten und Kündigung**

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 31. Dezember 1971, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Dezember 1970

Anlage 1
zum Monatslohnitarifvertrag Nr. 2 zum
MTL II vom 17. Dezember 1970

Monatstabellenlöhne
Ortslohnklasse 1
für die Zeit vom 1. Januar 1971 bis zum 30. September 1971

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	817	828	842	857	869	880	886	892	896	900
III	849	870	886	901	914	926	932	938	943	947
IV	872	895	912	927	940	951	958	963	969	973
V	905	918	935	953	966	978	985	991	995	1 000
VI	954	969	987	1 004	1 018	1 031	1 038	1 045	1 050	1 054
VII	1 005	1 024	1 042	1 063	1 077	1 091	1 098	1 104	1 110	1 115
VIIa	1 024	1 050	1 071	1 088	1 104	1 118	1 126	1 133	1 139	1 144
VIII	1 054	1 081	1 101	1 122	1 138	1 152	1 159	1 167	1 172	1 177
IX	1 146	1 176	1 199	1 220	1 237	1 254	1 263	1 270	1 277	1 282

Anlage 2
zum Monatslohn tarifvertrag Nr. 2 zum
MTL II vom 17. Dezember 1970

Monatstabellenlöhne
Ortslohnklasse 2
für die Zeit vom 1. Januar 1971 bis zum 30. September 1971

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	789	808	819	832	848	857	864	868	873	877
III	827	848	864	879	889	902	908	913	918	922
IV	850	872	888	903	916	929	935	941	946	950
V	873	895	913	928	941	953	959	964	970	974
VI	920	944	962	978	991	1 004	1 011	1 017	1 022	1 027
VII	973	997	1 017	1 035	1 049	1 062	1 069	1 076	1 081	1 086
VII a	997	1 024	1 042	1 062	1 076	1 090	1 097	1 103	1 109	1 114
VIII	1 026	1 053	1 073	1 091	1 107	1 121	1 128	1 136	1 141	1 146
IX	1 116	1 145	1 167	1 188	1 205	1 220	1 228	1 235	1 241	1 248

Anlage 3
zum MonatslohnTarifvertrag Nr. 2 zum
MTL II vom 17. Dezember 1970

Monatstabellenlöhne
Ortslohnklasse 1
für die Zeit vom 1. Oktober 1971 an

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	820	840	859	879	896	911	923	933	943	950
III	857	883	904	926	944	960	973	985	994	1 003
IV	882	908	930	950	969	985	997	1 009	1 019	1 027
V	909	931	955	976	995	1 012	1 025	1 038	1 048	1 056
VI	958	983	1 006	1 029	1 048	1 067	1 081	1 093	1 103	1 113
VII	1 009	1 036	1 062	1 086	1 107	1 126	1 141	1 154	1 165	1 175
VII a	1 033	1 064	1 091	1 114	1 137	1 156	1 171	1 185	1 197	1 206
VIII	1 062	1 093	1 121	1 145	1 169	1 188	1 204	1 217	1 230	1 240
IX	1 157	1 192	1 221	1 250	1 274	1 296	1 313	1 328	1 342	1 354

**Anlage 4
zum Monatslohntarifvertrag Nr. 2 zum
MTL II vom 17. Dezember 1970**

**Monatstabellenlöhne
Ortslohnklasse 2
für die Zeit vom 1. Oktober 1971 an**

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	795	818	836	855	873	888	899	910	918	927
III	836	861	882	901	918	934	947	958	966	975
IV	859	885	907	927	946	962	975	987	996	1 005
V	881	908	930	950	969	985	997	1 009	1 019	1 027
VI	929	957	980	1 003	1 022	1 039	1 053	1 065	1 076	1 085
VII	980	1 009	1 035	1 057	1 078	1 097	1 111	1 124	1 136	1 144
VII a	1 006	1 036	1 062	1 086	1 107	1 126	1 141	1 154	1 165	1 175
VIII	1 033	1 064	1 091	1 115	1 137	1 157	1 172	1 185	1 198	1 207
IX	1 127	1 160	1 189	1 217	1 241	1 262	1 279	1 294	1 307	1 317

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages weisen wir auf folgendes hin:

- Anlage 1 und 2**
1. Nach der zwischen den Tarifvertragsparteien getroffenen Vereinbarung ist § 30 Abs. 3 Satz 2 MTL II auch für die Ermittlung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes anzuwenden. Das bedeutet, daß der Divisor vom 1. Januar 1971 an 183 beträgt. Unter Berücksichtigung der Protokollnotiz zu § 3 ergeben sich hieraus die anliegenden „Tabellen der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne“.
 2. Nach § 31 Abs. 2 Unterabs. 2 MTL II bemäßt sich der Teil des Monatslohnes, der nicht im Monatsregellohn enthalten ist, nach der Arbeitsleistung des Vorvormonats. Das bedeutet, daß sich der Teil des Monatslohnes für den Monat Januar 1971, der nicht im Monatsregellohn enthalten ist, zwar nach der Arbeitsleistung des Monats November 1970 bemäßt, für seine Errechnung aber der Lohn nach diesem Tarifvertrag zugrunde zu legen ist.
 3. Die allgemeine Lohnerhöhung im Sinne des § 48 Abs. 3 und 5 MTL II beträgt vom 1. Januar 1971 an 9,9 v. H. 80 v. H. hiervon sind 7,9 v. H.
 - Die vom 1. Oktober 1971 an eintretende Lohnerhöhung ist die zweite Stufe, die bei der Einführung des Monatslohnes vereinbart worden ist. Sie ist keine allgemeine Lohnerhöhung im Sinne des § 48 Abs. 3 und 5 MTL II.
 4. Die Lohnzuschläge nach dem Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß 29 MTL II (TVZ zum MTL II — SMBI. NW. 203311) ändern sich nicht (vgl. § 1 Abs. 2 Satz 2 TVZ zum MTL II).
 5. § 4 des MonatslohnTarifvertrages Nr. 1 bewirkte, daß der Sozialzuschlag gewährt und berechnet wurde, wie wenn der Ehegatte des Arbeiters keinen Kinderzuschlag erhalten hätte, d. h., wie wenn der Arbeiter selbst den seiner Beschäftigung entsprechenden vollen bzw. anteiligen Kinderzuschlag erhalten hätte.

An die Stelle des Wortes „Ehegatten“ in § 4 des MonatslohnTarifvertrages Nr. 1 sind in § 4 des Monatslohn-Tarifvertrages Nr. 2 die Worte „anderer Elternteil“ getreten. Die Vorschrift bewirkt nunmehr, daß der Arbeiter in allen Fällen (z. B. auch wenn der andere Elternteil nicht Ehegatte oder nicht mehr Ehegatte des Arbeiters ist) auch dann den dem Umfang seiner Beschäftigung entsprechenden Sozialzuschlag erhält, wenn er auf Grund der Regelung in § 1 Abs. 8 des Tarifvertrages betreffend Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 (SMBI. NW. 203312) oder infolge der Ableistung des Grundwehrdienstes durch ein sonst kinderzuschlagsberechtigendes Kind für dieses Kind keinen Kinderzuschlag oder den Kinderzuschlag z. B. auf Grund des § 19 LBesG nur zur Hälfte erhält.

Beispiel 1:

Die Arbeiterin ist vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Den Kinderzuschlag erhält der andere Elternteil, weil kein Antrag auf Halbierung des Kinderzuschlages gestellt ist. Die Arbeiterin erhält daher keinen Kinderzuschlag.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde die Arbeiterin selbst den Kinderzuschlag, und zwar in voller Höhe erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 2:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Den Kinderzuschlag erhalten beide Eltern zur Hälfte.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den nach § 1 Abs. 3 des vorgenannten Tarifvertrages seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 3:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Nach § 1 Abs. 8 Buchst. b des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge erhält der Arbeiter keinen Kinderzuschlag.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den nach § 1 Abs. 3 des vorgenannten Tarifvertrages seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 4:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist nicht vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Der Arbeiter erhält nach § 1 Abs. 8 Buchst. a des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag, jedoch nicht mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlages.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten, auch soweit er mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlages beträgt. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 5:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist nicht vollbeschäftigter Beamter. Nach § 1 Abs. 8 Buchst. c des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vermindert sich der Kinderzuschlag des Arbeiters um den Teil, den der andere Elternteil erhält.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den vollen Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Anlage 1

zum Durchführungserlaß betr. Monatslohn tarifvertrag Nr. 2 zum MTL II

Tabelle
der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
für die Zeit vom 1. Januar 1971 an

Lohngruppe	Ortslohnklasse	1 Pf	2 Pf	3 Pf	4 Pf	5 Pf	6 Pf	7 Pf	8 Pf	9 Pf	10 Pf
II	1	446	452	460	468	475	481	484	487	490	492
	2	431	442	448	455	463	468	472	474	477	479
III	1	464	475	484	492	499	506	509	513	515	517
	2	452	463	472	480	486	493	496	499	502	504
IV	1	477	489	498	507	514	520	523	526	530	532
	2	464	477	485	493	501	508	511	514	517	519
V	1	495	502	511	521	528	534	538	542	544	546
	2	477	489	499	507	514	521	524	527	530	532
VI	1	521	530	539	549	556	563	567	571	574	576
	2	503	516	526	534	542	549	552	556	558	561
VII	1	549	560	569	581	589	596	600	603	607	609
	2	532	545	556	566	573	580	584	588	591	593
VII a	1	560	574	585	595	603	611	615	619	622	625
	2	545	560	569	580	588	596	599	603	606	609
VIII	1	576	591	602	613	622	630	633	638	640	643
	2	561	575	586	596	605	613	616	621	623	626
IX	1	626	643	655	667	676	685	690	694	698	701
	2	610	626	638	649	658	667	671	675	678	682

Anlage 2

zum Durchführungserlaß betr. Monatslohnitarifvertrag Nr. 2 zum MTL

Tabelle
der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
für die Zeit vom 1. Oktober 1971 an

Lohngruppe	Ortslohnklasse	1 Pf	2 Pf	3 Pf	4 Pf	5 Pf	6 Pf	7 Pf	8 Pf	9 Pf	10 Pf
II	1	448	459	469	480	490	498	504	510	515	519
	2	434	447	457	467	477	485	491	497	502	507
III	1	468	483	494	506	516	525	532	538	543	548
	2	457	470	482	492	502	510	517	523	528	533
IV	1	482	496	508	519	530	538	545	551	557	561
	2	469	484	496	507	517	526	533	539	544	549
V	1	497	509	522	533	544	553	560	567	573	577
	2	481	496	508	519	530	538	545	551	557	561
VI	1	523	537	550	562	573	583	591	597	603	608
	2	508	523	536	548	558	568	575	582	588	593
VII	1	551	566	580	593	605	615	623	631	637	642
	2	536	551	566	578	589	599	607	614	621	625
VII a	1	564	581	596	609	621	632	640	648	654	659
	2	550	566	580	593	605	615	623	631	637	642
VIII	1	580	597	613	626	639	649	658	665	672	678
	2	564	581	596	609	621	632	640	648	655	660
IX	1	632	651	667	683	696	708	717	726	733	740
	2	616	634	650	665	678	690	699	707	714	720

— MB1. NW. 1971 S. 182.

203310

**Fünfter Änderungstarifvertrag
vom 17. Dezember 1970 zum Tarifvertrag über die
Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer
vom 10. Februar 1965**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 4.1 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.31.14 — 1/70 —
v. 21. 12. 1970

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer der Länder vom 10. Februar 1965 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 22. 3. 1965 — SMBI. NW. 203310) vom 1. Januar 1971 an geändert wird, geben wir bekannt:

**Fünfter Änderungstarifvertrag
vom 17. Dezember 1970
zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen
der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965**

Zwischen
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitzer des Vorstandes,
einerseits
und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —
andererseits
wird folgendes vereinbart:

**§ 1
Änderung der Anlage zum Tarifvertrag**

Die Anlage zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970, wird durch die Anlagen zu diesem Tarifvertrag ersetzt.

Anlage 1
und 2

**§ 2
Übergangsvorschrift**

Bei der Ermittlung des Gesamtpauschallohnes nach § 4 Abs. 1 des in § 1 genannten Tarifvertrages ist die durchschnittliche Monatsarbeitszeit des zweiten Kalenderhalbjahres 1970 für die Bestimmung der Gruppe, deren Gesamtpauschallohn dem Fahrer im ersten Kalenderhalbjahr 1971 zusteht, um vier Stunden zu vermindern.

**§ 3
Inkrafttreten**

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1971 in Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 1970

Anlage 1

zum Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 für Personenkraftwagenfahrer der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein

**Gesamtpauschallöhne für die Zeit vom 1. Januar 1971
bis zum 30. September 1971**

Gruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse			
		1	Monats- lohn DM	Pauschal- zuschlag DM	2
Gruppe I					
bei einer Monatsarbeitszeit bis zu 207 Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 125,34 1 150,34 1 165,34 1 175,34	39,66 39,66 39,66 39,66	1 096,34 1 121,34 1 131,34 1 141,34	38,66 38,66 38,66 38,66
Gruppe II					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 207 bis 232 Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 241,66 1 266,66 1 281,66 1 291,66	68,34 68,34 68,34 68,34	1 208,36 1 233,36 1 248,36 1 258,36	66,64 66,64 66,64 66,64
Gruppe III					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 232 bis 256 Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 370,68 1 395,68 1 410,68 1 420,68	79,32 79,32 79,32 79,32	1 332,68 1 362,68 1 372,68 1 382,68	77,32 77,32 77,32 77,32
Gruppe IV					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 256 bis 280 ^{1/2} Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 505,68 1 535,68 1 550,68 1 555,68	79,32 79,32 79,32 79,32	1 467,68 1 492,68 1 507,68 1 517,68	77,32 77,32 77,32 77,32
Ständige persönliche Fahrer nach § 3 Abs. 3	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 652,10 1 677,10 1 692,10 1 702,10	102,90 102,90 102,90 102,90	— — — —	— — — —

Anlage 2

zum Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 für Personenkraftwagenfahrer der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein

Gesamtpauschallöhne vom 1. Oktober 1971 an

Gruppe	Dienstzeit	Ortsklasse			
		1	2	Monats- lohn DM	Pauschal- zuschlag DM
Gruppe I					
bei einer Monatsarbeitszeit bis zu 207 Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 149,50 1 189,50 1 214,50 1 234,50	40,50 40,50 40,50 40,50	1 120,46 1 155,46 1 185,46 1 205,46	39,54 39,54 39,54 39,54
Gruppe II					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 207 bis 232 Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 270,24 1 310,24 1 335,24 1 355,24	69,76 69,76 69,76 69,76	1 236,88 1 276,88 1 301,88 1 321,88	68,12 68,12 68,12 68,12
Gruppe III					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 232 bis 256 Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 404,— 1 444,— 1 469,— 1 489,—	81,— 81,— 81,— 81,—	1 370,92 1 405,92 1 430,92 1 450,92	79,08 79,08 79,08 79,08
Gruppe IV					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 256 bis 280 $\frac{1}{2}$ Stunden	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 544,— 1 584,— 1 609,— 1 629,—	81,— 81,— 81,— 81,—	1 505,92 1 540,92 1 565,92 1 585,92	79,08 79,08 79,08 79,08
Ständige persönliche Fahrer nach § 3 Abs. 3	1.— 8. Jahr 9.—12. Jahr 13.—16. Jahr vom 17. Jahr an	1 690,— 1 730,— 1 755,— 1 775,—	105,— 105,— 105,— 105,—	— — — —	— — — —

— MBI. NW. 1971 S. 190.

Einzelpreis dieser Nummer 2,70 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf; Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.